

Editorial

Joachim Becker und Julia Grübler

Gut drei Jahrzehnte liegt der „Fall der Mauer“ zurück. Unmittelbar bezog er sich auf die Berliner Mauer, metaphorisch auf die Systemgrenze zwischen den kapitalistischen und staatssozialistischen Ländern Europas. Binnen kurzem implizierte er eine ökonomische Öffnung des Ostens. In dieser Kurswechsel-Nummer wollen wir die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Kernländern und den heute noch der industrialisierten Peripherie zuzurechnenden Länder Zentralosteuropas – Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn – nachzeichnen und analysieren.

Krise des Staatssozialismus und Systemwechsel

Während des Staatssozialismus stellten die Tschechoslowakei (ČSSR) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) die wirtschaftliche und technologische Avantgarde des um die Sowjetunion zentrierten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem staatssozialistischen Gegenstück zur Europäischen Union, dar. Jugoslawien nahm unter den staatssozialistischen Ländern seit Titos Bruch mit Stalin eine Sonderrolle ein. Jugoslawien war nicht Teil des RGW und unterhielt vielfältige Beziehungen mit Westeuropa. Ein gewisses Gegengewicht zu den engen Westbeziehungen sollte aus Sicht der jugoslawischen Führung eine enge Kooperation mit Ländern der Blockfreien-Bewegung herstellen (vgl. Kirn 2014: 137 ff.). Jugoslawien nahm in der Blockfreien-Bewegung politisch eine zentrale Rolle ein. Ökonomisch blieben die Beziehungen mit Ländern der außereuropäischen Peripherie jedoch begrenzt. Die Bemühungen der Blockfreien-Bewegung für eine „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“, die der Peripherie größere Handlungsspielräume eröffnen und günstigere Rahmenbedingungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen schaffen würde, scheiterten spätestens mit der internationalen Verschuldungskrise zu Beginn der 1980er Jahre (vgl. den Beitrag Sašo Slaček Brlek in diesem Heft).

In der gesamteuropäischen Arbeitsteilung nahmen selbst die fortgeschrittensten staatssozialistischen Länder eine untergeordnete Rolle ein, ihre Wachstumsdynamik schwächte sich teils bereits in den 1960er, teils in den 1970er Jahren ab. Ungarn, Polen, Jugoslawien sowie – unter Sonderbedingungen deutsch-deutscher Wirtschaftsbeziehungen – die DDR verschuldeten sich in den 1970er Jahren in den kapitalistischen Ländern, einerseits um ihren Produktionsapparat zu modernisieren, andererseits um ihre Legitimität über ein verbessertes Konsumangebot zu verbessern. Mit der starken Erhöhung der US-Zinsen Ende der 1970er Jahre verteuerte sich ihr Schuldendienst, gleichzeitig erwies sich ihre Produktionsstruktur für die Steigerung der Westexporte als ungünstig (vgl. Gerócs/Pinkasz 2018: 134 ff.). In der Folge wurde

speziell in Polen und Jugoslawien, etwas abgeschwächt in Ungarn, auf Austerität gesetzt.

In Polen und Jugoslawien kam es im Verlauf der 1980er Jahre zu ArbeiterInnenprotesten und Streiks. Die Strategie der Legitimitätsgewinnung über eine Verbesserung des Lebensstandards verlor zunehmend die Grundlage. Die Kerne der Dissidenzgruppen blieben allerdings – außer in Polen – stark auf kleine Intellektuellengruppen beschränkt. Diese orientierten sich in den 1980er Jahren oftmals zunehmend an (neo-)liberalen Positionen, wenngleich es auch nationalkonservative Strömungen (v.a. in Ungarn und Polen), katholische Gruppen (in der Slowakei), ökologische Gruppen und auch linksorientierte Strömungen und Gruppen gab. Gleichzeitig begannen sich auch Teile des dominanten Blocks – ManagerInnen von Staatsbetrieben, Teile der technischen und ökonomischen SpezialistInnen, z.T. auch die Jugendverbände – auf ökonomische Reformen zu orientieren, die in einem Teil der staatssozialistischen Länder bereits den Charakter eines beginnenden Systemwandels annahmen (vgl. z.B. Krejčí 2014: 23). Ähnliche Veränderungen in der politisch dominanten Macht Sowjetunion, die größere Spielräume in der zentralosteuropäischen Peripherie schafften, wirkten 1989 als Katalysator für einen Systemwandel.

Die Formen des Systemwechsels unterschieden sich: In Polen und Ungarn kam es zu einem ausgehandelten Machttransfer. In der DDR und der ČSSR kam es im Kontext von Massenprotesten zu einem Abtritt der staatssozialistischen Führung und einem geordneten Machttransfer (Wiatr 2006: 70 ff.). In Jugoslawien waren Systemtransformation und konfliktiver Staatszerfall mit einander verwoben. In Slowenien gab es einen ausgehandelten Machttransfer, der allerdings im Kontext einer Separierung von der Föderation erfolgte. In diesem Punkt waren sich die Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und die Opposition einig (Repe 2001: 51 ff.). Erwartungen an die Veränderungen umfassten eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens, größere Freiheiten, einen höheren Lebensstandard – möglichst wie im Westen. Die Vorstellungen über den sozio-ökonomischen Charakter der neuen Ordnung waren unter den AkteurInnen während des Umbruchs allerdings nicht einheitlich. Die liberalen Intellektuellen setzten klar auf kapitalistische Verhältnisse. Im *Solidarność*-Umfeld gab es aber auch weiter stark egalitäre Vorstellungen (vgl. Modzelewski 2013), in den kleineren slowakischen Städten spielten im Umbruch 1989/90 Forderungen nach einem anderen Sozialismus mit Referenzen auf die reformsozialistische Bewegung von 1968 eine durchaus prominente Rolle (Krapfel 2009: 129 ff.).

Prioritäten der frühen Transformationsperiode: Privatisierung und Westorientierung

Bezogen auf die wirtschaftliche Transformationsstrategie gab es eine Konvergenz zwischen den liberalen TechnokratInnen des alten Regimes und liberalen Dissidentenzirkeln. Zentrale ArchitektInnen der Transformationspolitik – wie Leszek Balcerowicz, Václav Klaus oder Lajos Bokros – kamen aus den staatssozialistischen Expertenstrukturen. Es gab auch alternative, graduellere und sozialere Transformationsvorstellungen. Diese kamen jedoch nicht zum Durchbruch. Einerseits war der internationale Kontext durch neoliberale Politikkonzepte geprägt – und der Internationale Währungsfonds

(IWF) hatte speziell auf hochverschuldete Länder wie Polen und Ungarn Einfluss. Andererseits war die politische Linke schwach. Substanziellen Einfluss vermochten Gewerkschaften in der Wirtschafts- und Sozialpolitik allein in Slowenien auszuüben.

Wirtschaftspolitische Priorität hatte die Privatisierung, die mit verschiedenen Methoden erfolgte. In der DDR wurden erste institutionelle Schritte zu einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse mit der Gründung der Treuhandanstalt in der Endphase des ostdeutschen Staates unternommen. Mit der Vereinigung stellte die Treuhand die Weichen dann zunehmend eindeutig zugunsten einer Übernahme durch westdeutsche Unternehmen (vgl. Wenzel 2000: 128 ff., Böick 2020: 180 ff., 221 ff., 316 ff., 390 ff.). Insgesamt gingen etwa 80% der Betriebe an westdeutsche, 14% an ausländische und 6% an ostdeutsche EigentümerInnen (Segert 2020: 32). Unter den anderen zentralosteuropäischen Ländern optierte allein Ungarn bereits in der Anfangsphase der Transformation für eine Privatisierung zugunsten ausländischer Unternehmen. Hierbei spielten die Auslandsverschuldung Ungarns und die bereits recht engen wirtschaftlichen und institutionellen Verbindungen in den Westen eine Rolle. Die anderen Länder verfolgten zumindest bis Ende der 1990er Jahre den Versuch eines Aufbaus „nationaler Kapitalismen“ und versuchten einheimische Kapitalgruppen zu fördern (Drahokoupil 2009: 59 ff.).

In den ersten Jahren der Transformation erfolgte einerseits eine Liberalisierung der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse, wie eine Freigabe der Preise, andererseits wurde eine rigide Austeritätspolitik verfolgt. Speziell die Reallöhne wurden stark gedrückt. Damit kam es zu einer starken Minderung der Binnennachfrage. In den Außenverhältnissen wurden die Handelsbeziehungen innerhalb des RGW aufgelöst und auf eine verstärkte Westorientierung gesetzt. Diese war mit einer Handelsliberalisierung verbunden. Damit kam die Industrie auch im Außenhandel unter Druck. Am radikalsten war die Schocktherapie in der DDR, da mit der Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und einem Wechselkurs von 1 : 1 mit der Deutschen Mark eine starke Aufwertung verbunden war (Priewe/Hickel 1991: 79). Mit dem Beitritt zur BRD wurde für die neuen Bundesländer auf einen Schlag auch eine neue Rechtsordnung gültig. Der Beitritt der DDR zur BRD bedeutete auch den Beitritt zur EU und die Übernahme des *Acquis Communautaire*. Dies war faktisch die erste Osterweiterung der EU, die aber kaum als solche wahrgenommen wurde.

Die anderen Länder der Region drängten bald auf einen Beitritt zur EU, der für sie die konkrete Form der Realisierung der Parole „Rückkehr nach Europa“ sein sollte. In der EU selbst war speziell die deutsche Bundesregierung zugunsten einer Osterweiterung der EU eingestellt. Frankreich, das geringere wirtschaftliche Beziehungen nach Osteuropa unterhielt und steigendes bundesdeutsches Gewicht in der EU fürchtete, zeigte sich hingegen eher skeptisch (Lequesne 2008: 46 ff.). Noch ohne eine klare Beitrittsperspektive zu bieten, unterzeichnete die EU zu Beginn der 1990er Jahre verschiedene Handelsabkommen mit den Ländern Zentralosteuropas. Diese zeigten erhebliche Asymmetrien: Die EU schützte ihre sensiblen Sektoren, setzte aber deren Öffnung in den zentralosteuropäischen Ländern durch (Vachudova 2005: 87, vgl. den Beitrag von Andrea Komlosy und Hannes Hofbauer in dieser Nummer). Diese Abkommen verstärkten die Handelsasymmetrien. Bis auf Slowenien, das eine kohärente, den Export begünstigende Politik verfolgte, wiesen alle Länder Zentralosteuropas in den 1990er Jahren zeitweise sehr hohe Leistungsbilanzdefizite auf.

Nach der scharfen Rezession Anfang der 1990er Jahre kam es danach zu einer gewissen Wirtschaftserholung. Auch die industrielle Produktion erholte sich etwas. Ähnlich wie in Westeuropa waren allerdings bisher leitende schwerindustrielle Sektoren in einer Strukturkrise. Die oftmals noch unter staatlicher Kontrolle stehenden Banken versorgten einheimische Unternehmen mit Liquidität. Die Kredite erwiesen sich oft als nicht einbringbar, was zu Problemen im Bankensektor, bis hin zur offenen Bankenkrise in der Tschechischen Republik und der Slowakei Ende der 1990er Jahre, führte.

EU-Beitrittsprozess und Orientierung auf das Auslandskapital

Im Jahr 1993 war der grundsätzliche Konsens über eine Osterweiterung in der EU soweit gediehen, dass die EU bereits Beitrittskriterien für die Kandidatenländer formulierte. Zwischen 1994 und 1996 beantragten die zentralosteuropäischen Länder den Beitritt. 1997 fiel in der EU die Entscheidung für einen Verhandlungsbeginn mit Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn, mit der Slowakei erfolgte diese – aufgrund von Vorbehalten gegenüber der nationalistischen Ausrichtung der Regierung von Vladimír Mečiar – erst 1999, nachdem in Bratislava eine auf die EU und das Auslandskapital orientierte Koalition an die Regierung gekommen war. 2004 wurden alle zentralosteuropäischen Staaten Mitglieder der EU. In den zentralosteuropäischen Ländern gab es über den EU-Beitritt einen breiten politischen Konsens. Allerdings gab es Vorbehalte gegenüber der prominenten Stellung der EU-Kommission und Meinungsverschiedenheiten über das bereits erreichte Ausmaß der Integration. Nationalistische Neoliberale um die Občanská demokratická strana (ODS) von Václav Klaus oder auch nationalkonservative Kreise in Polen zeigten eine Präferenz für eine deutlich stärkere Stellung der Nationalstaaten in der EU (vgl. Becker 2004: 12 f.). Die EU war jedoch gegenüber den Beitrittskandidaten in einer starken Verhandlungsposition und nutzte ihren Hebel in den Verhandlungen offensiv (vgl. Vachudova 2005: 184 ff.). Sie setzte eine stärker neoliberale Form der Staatlichkeit, rasche Privatisierungen und eine Öffnung gegenüber dem Auslandskapital durch. Hierbei hatte sie in Sektoren des Staatsapparates, die eng mit dem Auslandskapital verbunden waren, Verhandlungspartner, welche ihre Position innerhalb des jeweiligen Staatsapparates durch die Beitrittsverhandlungen deutlich gestärkt sahen. Diese politische Verschiebung fand ihren Ausdruck auch in der Wirtschaftspolitik. Die Regierungen setzten einseitig auf Wachstumsimpulse durch die Anziehung von Auslandskapital, dem großzügige Anreize geboten wurden (Drahokoupil 2009).

Die Jahre unmittelbar vor und nach dem EU-Beitritt – bis zur internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 ff. – waren von starken Zuflüssen von Auslandskapital, aber auch substanziellen Leistungsbilanzdefiziten geprägt. Speziell bundesdeutsche Industrieunternehmen lagerten Produktionsschritte nach Zentralosteuropa wegen der niedrigen Lohnkosten bei gleichzeitig guter Qualifikation der Arbeitskräfte aus. Hierbei stand die Automobilindustrie besonders im Vordergrund. Es kam zu einem deutlichen Ausbau der industriellen Exportkapazität. Allerdings nahmen die zentralosteuropäischen Produktionsstätten in den Produktionsnetzwerken eine untergeordnete Stellung ein, die Linkages zu einheimischen Zulieferfirmen waren oft gering und kam es kaum zum Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (vgl. den Beitrag von Petr

Pavlínek in dieser Nummer). Dieser Prozess kann als eine Form der abhängigen exportorientierten (Re-)Industrialisierung gewertet werden. Er führte zu einer starken Veränderung des industriellen Produktionsprofils. In den ostdeutschen Bundesländern sind zum Teil analoge Prozesse festzustellen. Auch Ostdeutschland wurde als Zulieferer in das auf Westdeutschland zentrierte Produktivsystem integriert. Es gibt kaum Konzernzentralen, lediglich Zweigbetriebe herrschen vor (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 190 ff.).

Auf die jeweilige Binnenwirtschaft waren die Direktinvestitionen westeuropäischer Banken in der Region gerichtet, vielfach übernahmen sie bisher staatliche Bankhäuser. Hier waren deutsche Banken nicht in einer Avantgardeposition. Vielmehr engagierten sich Banken aus Österreich (vgl. den Beitrag von Julia Grübler in dieser Nummer), Italien, Belgien und Frankreich besonders stark in Zentralosteuropa (Raviv 2008: 305 ff.). In der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn kontrollierten Auslandsbanken 2006 mehr als 95 % der Bankaktiva, in Polen lag der Anteil mit 70 % etwas niedriger. Allein in Slowenien lag der Anteil der Auslandsbanken aufgrund des selektiveren Vorgehens der slowenischen Regierung nur bei 35 % (Raviv 2008: 303, Abb. 1). Die ausländischen Banken trennten den engen Nexus zum einheimischen Kapital. Sie konzentrierten sich auf die Expansion von Krediten an private Haushalte für den Erwerb von Immobilien und den Konsum (Raviv 2008: 308 f.). Die Haushaltsverschuldung nahm ausgehend von einem sehr geringen Ausgangsniveau stark zu (Eurostat 2020). Speziell in Ungarn, wo die Banken sich in besonders starkem Umfang extern refinanzieren mussten, war der Anteil von Devisenkrediten zudem sehr hoch. Geringer war ihr Anteil in Polen, wo die Zentralbank bei der Vergabe von Devisenkrediten bewusst bremste (Becker 2014: 15 f.). Nur in Slowenien spielte die Expansion von Firmenkrediten bis zum Jahr 2008 eine große Rolle in der Finanzialisierung (Kržan 2014: 330). Ähnlich wie in Ungarn war auch hier der externe Refinanzierungsbedarf hoch. Anders als in den zentralosteuropäischen Ländern zeigte die Haushaltsverschuldung in Deutschland keine besondere Dynamik. Allerdings hat sich in Deutschland eine spezielle Form der Finanzialisierung herausgebildet – jene des Mietwohnungsmarktes, in deren Zentrum große Immobilienkonzerne stehen. Einen wichtigen An Schub erhielt dieser Finanzialisierungsprozess durch die Privatisierung großer städtischer Wohnungsbestände in Ostdeutschland (vgl. Metzger 2020: 126 f.). In diesem Geschäftsfeld werden große Kreditvolumina bewegt.

Auf die Binnenwirtschaft waren auch ausländische Direktinvestitionen im Bereich der privatisierten Infrastruktur (z. B. Energie) und im Handel zentriert.

Als Pfeiler des Wachstumsmodells waren in der Zeit zwischen den Jahren 2000 und 2008 einerseits die industrielle Exportproduktion, andererseits die Finanzialisierung zu sehen. Hierbei war die Exportspezialisierung in der Slowakei, in Slowenien, in der Tschechischen Republik und in Ungarn recht eng und sehr stark auf den Automobilsektor fokussiert. In Polen war das Wachstumsmodell weniger stark exportorientiert und diversifizierter. Das Wachstum war auch mit einem Lohnwachstum verbunden. Allerdings wurde lediglich in der Tschechischen Republik das Reallohniveau von 1989 bereits Mitte der 1990er Jahre erreicht. In Ungarn war dies 2002, in Polen 2004, in Slowenien 2006 und in der Slowakei erst 2007, am Vorabend der großen internationalen Finanzkrise, der Fall (Podkaminer 2013: 17, Tab. 3). In Ungarn, der Tschechischen Republik und Polen lagen die Jahresdurchschnittslöhne 2008 etwa bei einem Drittel

des deutschen Niveaus (Galgóczy 2017: 10, Tab. 1), womit das zentralosteuropäische Lohndifferenzial zum Zentrum trotz einer Verminderung in den Vorjahren noch immer sehr hoch war. Niedrige Löhne und zumindest eine regional verfestigte sehr hohe Arbeitslosigkeit waren speziell in Polen und der Slowakei Triebfedern einer starken Arbeitsmigration.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09, die Eurozonenkrise, Desillusionierung über die EU und Rechtsruck

In der großen internationalen Krise von 2008 ff. wurden die zentralosteuropäischen Länder durchgängig durch die scharfe Kontraktion der Exportnachfrage getroffen. Ihre industriellen Exportsektoren brachen Ende 2008/Anfang 2009 stark ein. Der Finanzsektor wurde vor allem in jenen Ländern stark getroffen, in denen die Kreditexpansion der Vorkrisenjahre besonders auf externer Refinanzierung beruht hatte. Das galt insbesondere für Ungarn und Slowenien. In Ungarn kam die hohe Devisenverschuldung der Haushalte erschwerend hinzu. Durch die Abwertung des Forint gerieten die SchuldnerInnen der Mittelklasse stark unter Druck. Das Kreditprogramm des IWF und der EU mit der sozialliberalen ungarischen Regierung vom Herbst 2008 suchte zentral den Wechselkurs über eine scharfe Austeritätspolitik und eine Absenkung der Importe zu stabilisieren. Das strukturelle Problem der Devisenschulden ging es nicht an (vgl. Becker 2014 ff.). Austeritätsmaßnahmen, aber auch eine Privatisierung des Bankensektors verlangte die Europäische Kommission in der Eurozonenkrise von Slowenien. In Ungarn und Slowenien war die Krise nach 2008 ff. am tiefsten und längsten unter den zentralosteuropäischen Ländern.

Die Krise von 2008 ff. zeigte die Verwundbarkeit der zentralosteuropäischen Wachstumsmodelle. Die Rolle als verlängerte Werkbank und die einseitige Ausrichtung auf die Automobilindustrie wurden erstmals Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Das Krisenmanagement der EU während der Eurozonenkrise führte zu einer Desillusionierung bezüglich der Krisenfestigkeit und der regulativen Fähigkeiten der EU. Begonnen hatte die Ernüchterung hinsichtlich der Prosperitätsversprechen des EU-Beitritts und der Transformation allerdings schon vorher: „Nach dem Ende der Transformationsdekade und besonders nach dem Beitritt der Länder zur EU machte sich demzufolge Enttäuschung breit. Es wurde deutlich, dass ein baldiger Anstieg des eigenen Lebensniveaus bis zu dem entwickelter westeuropäischer Staaten für die Mehrheit der Bevölkerung nicht realistisch war“, hält Dieter Segert (2020: 35) fest. Für Ostdeutschland gilt diese Feststellung im Hinblick auf die Angleichung der Einkommen und Lebensverhältnisse mit Westdeutschland. Die Bevölkerung war für die enormen Härten der frühen Transformationsperiode Wohlstand in Aussicht gestellt worden – und dieses Versprechen wurde für viele nicht eingelöst. Damit ist es in einigen Ländern der Region auch zu einer kritischen Debatte über die Transformationsstrategie der frühen 1990er Jahre gekommen, beispielsweise über die Schocktherapie von Leszek Balcerowicz in Polen oder über die Politik der Treuhand in Ostdeutschland. „Der Desillusionierung setzten die politischen und kulturellen Eliten das TINA-Narrativ [*There is No Alternative*] entgegen: Dies ist die einzige Welt, die man bekommen konnte. Wenn du sie zurückweist, endest du bei den Extremen, den Dämonen der Vergangenheit“, fasste der slowakische

Politikwissenschaftler Radovan Geist (2016: 58) die Reaktion der neo-liberalen und pro-EU orientierten Kräfte ein.

Bei den neoliberalen Mitte-Rechts-Kräften ist in der gesamten Region eine Erosion, vielfach auch eine extreme Zersplitterung und eine hohe Instabilität der Parteien festzustellen. Die Sozialdemokratie hat ihre sozialen Schutzversprechen auch nicht in dem Maße gehalten, wie sich das ihre WählerInnen erwartet hatten. Ihr EU-Narrativ ist ähnlich wie bei den Mitte-Rechts-Parteien. Oftmals ist sie am stärksten auf den Beitritt zur Eurozone orientiert. Bei der polnischen Sozialdemokratie ist eine soziale Programmatik eigentlich nicht mehr erkennbar, dort ist mit Razem allerdings eine neue linkssozialdemokratische Partei entstanden, die über eine gemeinsame Liste der Mitte-Links-Kräfte ins Parlament gekommen ist. Allein in Slowenien ist aus der Krise und aus Anti-Krisen-Protesten in mehreren Etappen eine Linkspartei, Levica, entstanden, die sich als parlamentarische Kraft etablieren konnte.

Der nationalistischen Rechten hingegen gelang es, sich in der veränderten Konstellation geschickt zu positionieren. Sie griffen das Narrativ der nachholenden und angeblich alternativlosen Modernisierung und die Orientierung an westlichen liberalen Modellen an. Nationalkonservative Intellektuelle wie Zdzisław Krasnodębski oder György Schöpflin kennzeichneten die Übernahme liberaler westeuropäischer Demokratie- und Staatsmodelle als „selektive Imitation“ (Krasnodębski 2003: 211 ff.) oder „Mimikry“ (Schöpflin 2018: 337). Krasnodębski plädierte für eine nationale Form des Republikanismus und eine Re-Politisierung der Politik in seinem Buch „Demokracja peryferii“. Bereits im Titel dieser für den Nationalkonservatismus in der Region grundlegenden Schrift wird die periphere Position Zentralosteuropas erkennbar zum Thema gemacht. Hierbei greift Krasnodębski partiell auf eine linke Theorie, die Weltsystemtheorie, zurück, um die europäischen Ungleichheitsstrukturen zu thematisieren. In der europäischen Krise sahen zumindest bestimmte einheimische Kapitalgruppen eine Chance, das Verhältnis zwischen einheimischem und ausländischem Kapital neu auszubalancieren (Geröcs/Pinkasz 2018). In Ungarn orientierten sie sich hier am Programm eines selektiven Wirtschaftsnationalismus von Fiatal Demokrátar Szövetség (Fidesz). Der ungarische Sozialwissenschaftler Gabor Scheiring (2019: 203 ff.) kennzeichnet dies als „Revolte des nationalen Kapitals“. Fidesz in Ungarn und Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen konnten auch von der Entfremdung der ArbeiterInnen von den sozialdemokratischen Parteien profitieren. PiS hatte in der Sozialpolitik auch klare Angebote an die ArbeiterInnenschaft. In der Sozial- und breiteren Gesellschaftspolitik betonten die nationalistischen Rechtsparteien die Restauration der überkommenen, patriarchalen Geschlechterverhältnisse (vgl. Becker 2018). Gleichzeitig werden in Polen unter dem Druck ultra-rechter und erzkatholischer Gruppen Frauenrechte beschnitten – wie jüngst durch eine weitere Verschärfung des bereits äußerst strengen Abtreibungsgesetzes durch das Verfassungsgericht, die in Mitten der Coronakrise zu landweiten massiven Protesten und auch zu Streiks geführt hat (Cienski 2020). Die konservativen Teile des Narrativs von PiS und Fidesz beinhalten ein Stabilitätsversprechen, was nach langen Phasen der Instabilität für relativ große Bevölkerungsgruppen attraktiv schien. Wie die liberalen Intellektuellen Ivan Krastev und Stephen Holmes (2019: 44) hervorheben, haben die PiS und Fidesz eine eigene Konzeption der europäischen Integration, die sie dem westeuropäischen liberalen Integrationskonzept gegenüberstellen. Diese verbindet die Betonung des Binnenmarktes und der Wettbewerbs-

fähigkeit mit dem Insistieren auf die zentrale Rolle des Nationalstaates im EU-Institutionengefüge und der „christlichen Identität“ (Sziijártó 2019: 18), was eine Chiffre für konservative gesellschaftspolitische Vorstellungen ist, und einem Sicherheitsnarrativ gleichkommt (vgl. auch Orbán 2016: 6 und Szczerski 2017). Letzteres wird insbesondere seit der Ankunft großer Gruppen von Flüchtlingen im Jahr 2015 und in der Frage der Verteilung von Schutzsuchenden immer wieder ausgespielt.

In der Regierungspraxis von Fidesz und PiS ist es gegenüber den Vorgängerregierungen, aber auch gegenüber ihrer eigenen Regierungspraxis in der Vorkrisenzeit, zu Veränderungen gekommen. Beim Umbau des Staates, der Platzierung der eigenen Kader und dem Abbau der Gewaltenteilung gehen sie sehr aggressiv vor. Speziell die Frage der Rechtsstaatlichkeit hat zu Konflikten mit der EU geführt. Systematisch haben die Regierungen Ungarns und Polens einheimische Kapitalgruppen gestärkt. Hierbei sahen sie den Bankensektor als zentral an. Da manche Auslandsbanken für die Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise 2008 ff. Auslandsbeteiligungen verkauften, hatten sie hier auch einen Ansatzpunkt, um dieses Ziel zu erreichen. In Ungarn zielt Fidesz bei der Stärkung des einheimischen Kapitals nur auf bestimmte Dienstleistungsbereiche, die Bauwirtschaft und Landwirtschaft ab und setzt in der Exportindustrie weiter auf ausländisches Kapital, während die Zielsetzung der Stärkung des einheimischen Kapitals bei PiS auch den Industriesektor mit im Auge hat (vgl. Becker 2020). Fidesz hat die früheren Leistungsbilanzprobleme und die externe Verschuldungsdynamik als Verwundbarkeiten des bisherigen Modells identifiziert. Darauf hat Fidesz mit einer noch stärkeren Forcierung der industriellen Exportproduktion, einem „peripheren Neomerkantilismus“ (Éber et al. 2019: 49), und einem Abbau von Verwundbarkeiten im Bankensektor, speziell der Devisenverschuldung der Haushalte, reagiert. PiS strebt eine umfassendere Modernisierung der Wirtschaft an. Strategische Vorhaben sind im industriellen Bereich bisher nicht weit gediehen, die expansive Sozial- und Lohnpolitik hat allerdings die binnenwirtschaftlich orientierten Branchen stimuliert.

Zu Beginn der COVID-19-Krise ist auch in Slowenien eine nationalistische Rechtspartei, Slovenska demokratska stranka (SDS), nach dem Zerschlagen der bisherigen Mitte-Links-Koalition zur zentralen Regierungspartei aufgestiegen. Beim Staatsumbau orientiert sich die SDS an den ungarischen und polnischen Vorbildern, wirtschaftspolitisch hingegen ist eine wirtschaftsnationalistische Orientierung derzeit nicht zu erkennen (Podvršič/Veselinovič 2020). Für eine wirtschaftsnationalistische Politik wären auch die Bedingungen in Slowenien ungünstiger als in Ungarn oder Polen, da Slowenien im Gegensatz zu diesen beiden Ländern Mitglied der Eurozone ist und über geringe wirtschaftspolitische Handlungsspielräume verfügt. Zudem sind kürzlich unter Druck der Europäischen Kommission die während der Krise gestützten Banken zugunsten ausländischer Banken privatisiert worden.

In der Tschechischen Republik und der Slowakei ist es nach der Krise von 2008 ff. nicht zu einer dramatischen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik gekommen. Jedoch haben sich Parteien der extremen Rechten in beiden Ländern parlamentarisch etablieren können (vgl. Becker 2018: 39 ff.). In den ostdeutschen Bundesländern hat sich die rechte „Alternative für Deutschland“ (AfD) – analog zu den Entwicklungen in den zentralosteuropäischen Ländern (Segert 2020: 39 ff.) – sehr stark verankern können (wenngleich sie keinesfalls ein primär ostdeutsches Phänomen ist).

Seit der Krise von 2008 ff. sind die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in die Region tendenziell geringer und instabiler als in den unmittelbaren Vorkrisenjahren (Hunya 2015: 41 ff.). Die Auslandsunternehmen sind in der Exportindustrie dominierend geblieben. Die Spezialisierungsmuster der Vorkrisenzeit sind fortgeschrieben worden. Allerdings zeichnet sich in der Automobilindustrie global eine tiefgreifende Restrukturierung ab, die auch Zentralosteuropa betreffen wird. Stärker sind die Veränderungen im Bankenbereich. In Ungarn und in Slowenien hat die Krise von 2008 ff. tiefgreifende Spuren im Bankensektor hinterlassen. In diesen beiden Ländern ist es zu einem Bruch in der Verschuldungsdynamik gekommen. Die Banken wurden weit zurückhaltender in der Kreditgewährung. Im Fall Sloweniens zogen sie sich aus der Firmenfinanzierung stark zurück und konzentrierten sich, ähnlich wie in den anderen Ländern der Region, auf Kredite an private Haushalte (vgl. den Beitrag von Joachim Becker in diesem Heft). In Ungarn und Slowenien kann man insofern von einer partiellen De-Finanzialisierung sprechen. In der der Slowakei, Polen und der Tschechischen Republik setzte sich die Verschuldungsdynamik hingegen fort.

Die Lohnniveaus in Zentralosteuropa erlitten in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 ff. herbe Einbrüche. In der Erholungsphase war jedoch zum Teil ein deutliches Lohnwachstum zu verzeichnen (Astrov et al. 2018: 10, Box Tab. 2.1). Die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen wurde durch die gute Konjunktur und die in einigen Bereichen auftretenden Engpässe bei Fachkräften, die teilweise durch die anhaltend starke Emigration verschärft worden waren, gestärkt. Es kam zu einigen deutlich sichtbaren erfolgreichen Arbeitskämpfen in der Region. Die tschechischen Gewerkschaften lancierten beispielsweise die öffentlichkeitswirksame Kampagne „Ein Ende der Billigarbeit in der Tschechischen Republik“ (Becker 2019: 195). Die Brutto-Stundenlöhne lagen in den zentralosteuropäischen Ländern auch noch im Jahr 2016 nur bei etwa einem Drittel des Niveaus der industriellen Kernländer der EU. Allein in Slowenien erreichten die Brutto-Stundenlöhne etwas mehr als 50% des Niveaus der EU-Kernländer (Astrov et al. 2018: 11, Tab. 2.1). Thema öffentlicher Debatten wurde auch die Gewinnrepatriierung ausländischer Firmen. Die FDI-Einkommensbilanz bewegte sich 2017 zwischen -2,4% des BIP in Slowenien, -6,0% in Ungarn und -6,9% des BIP in der Tschechischen Republik (Hunya/Schwarzhappel 2018: 27, Tab. 3). Damit erreichten die mit ausländischen Direktinvestitionen zusammenhängenden Einkommensabflüsse speziell in den beiden letztgenannten Ländern ein erhebliches Ausmaß und belasteten die Leistungsbilanz deutlich. Die Abflüsse aus Einkommen aus Gewinnen und Eigentum lagen in den Visegrád-Ländern in den Jahren von 2010 bis 2016 deutlich über den EU-Transfers (Piketty 2019: 743, Abb. 12.10).

Die COVID-19-Krise, die nationalen und europäischen Anti-Krisen-Politiken

Die zentralosteuropäischen Länder sind in der ersten Phase der COVID-19-Krise durch Produktionsstopps seitens der transnationalen Konzerne betroffen gewesen. Diese wie auch die später folgenden Einbrüche der ausländischen Nachfrage setzten dem Exportsektor zu. Betriebsschließungen und Reisebeschränkungen aus Gründen der Epidemiekämpfung betrafen binnenwirtschaftliche Dienstleistungssektoren besonders hart. Kurzarbeit, Kredit- und Garantieprogramme für betroffene Firmen, Stützungszahlungen

an Kleinstbetriebe und Selbständige sowie Stundungen von Steuer- und Sozialabgabenzahlungen waren die Standardprogramme in der Region (vgl. den Beitrag von Joachim Becker in diesem Heft). Kredit- und Garantiprogramme für größere Firmen spielten hierbei eine eher untergeordnete Rolle, weil die Zweigbetriebe in der Region in die Finanzierungsnetze ihrer Mutterfirmen eingebettet sind. Auffällig ist, dass die ungarische Regierung in der Anti-Krisenpolitik besondere Akzente zugunsten der mit der Regierungspartei eng verbundenen Kapitalgruppen ergriff und Sondervollmachten zur Schwächung oppositionell regierter Kommunen nutzte. Während im Frühjahr die Ausbreitung des Virus in der Region frühzeitig gestoppt werden konnte, ist sie von der Welle im Herbst stark betroffen. Inzwischen haben die Regierungen einen zweiten Lockdown verhängt. Dieser könnte ökonomisch schlimmere Konsequenzen zeitigen als der erste. Derzeit wird eine Kontraktion des realen BIPs für das Jahr 2020 zwischen 7,3 % in der Slowakei und 4,4 % in Polen erwartet (Astrov et al. 2020). Der Gesundheitssektor in der Region ist zudem strukturell unterfinanziert und leidet unter einer starken Emigration von Fachkräften ins westliche Ausland. Beispielsweise repräsentieren die fünf zentraleuropäischen Länder über 20 % der ausländischen ÄrztInnen und über 30 % der ausländischen PflegerInnen im nahe gelegenen Österreich (Grübler/Bykova 2020).

Um, wie es scheint, von Problemen bei der Gesundheitskrise abzulenken, haben die rechtsnationalistischen Regierungen in Ungarn, Polen und Slowenien Konflikte über gesellschaftspolitische Themen (Schwangerschaftsabbruch, Familienmodelle) sowie kulturelle Fragen (z.B. über die Kontrolle und Ausrichtung der Filmhochschule in Budapest) forciert. In Polen gibt es tiefgreifende Konflikte im Regierungslager zwischen VertreterInnen einer konservativen Modernisierung und sozialkonservativen, gesellschaftspolitisch offen reaktionären Strömungen. Die Fidesz-Regierung baut im Schatten des Notstandes ihre Machtpositionen weiter offensiv aus und brachte eine die Oppositionsparteien benachteiligende Wahlgesetzänderung auf den Weg (FAZ 2020: 6). Die Verstärkung autoritärer Elemente scheint hierbei jetzt auch durch die Angst motiviert zu sein, dass eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage die WählerInnenschaft von Fidesz erodieren könnte. In Slowenien hat die SDS ihre Machtpositionen im Staatsapparat ausgebaut und auch institutionelle Veränderungen ins Auge gefasst, was zu massiven Straßenprotesten gegen diese autoritären Tendenzen geführt hat. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei sehen sich die jeweiligen Regierungskräfte durch den Umgang mit der Epidemie ebenfalls geschwächt. In allen Ländern der Region hat es in den letzten Monaten aus verschiedenen Gründen massive Proteste gegeben. Dies ist ein Anzeichen steigender politischer und sozialer Spannungen.

Der Zufluss von EU-Mitteln ist für die Staaten der zentralosteuropäischen Region essenziell. Innerhalb der EU positionieren sich die zentralosteuropäischen Staaten in Fragen einer Austeritätspolitik ähnlich wie die neomerkantilistischen Zentrumsländer wie Deutschland, in Fragen der Kohäsionspolitik hingegen ähnlich wie die südeuropäische Peripherie. Die Regierungen Ungarns und Polens sind mit der EU in Fragen der Rechtsstaatlichkeit im offenen Konflikt. Bei der Debatte um den kommenden EU-Haushalt und den Wiederaufbaufonds der EU, der als Reaktion auf die COVID-19-Krise geschaffen werden soll, haben daher eine starke Gruppe von Ländern und das Europäische Parlament auf eine Rechtsstaatsklausel gepocht, über die Zahlungen im Fall von Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit gestoppt werden können. Über Mehrheiten und den Zuschnitt der Klausel ist lange gerungen worden. Im Laufe der Verhandlungen ist die

Anwendbarkeit der Rechtsstaatsklausel eingeschränkt worden. Auf deutsche Initiative ist die Anwendung der Rechtsstaatsklausel an die Haushaltskontrolle gekoppelt. Es gibt derzeit einen akkordierten Kompromiss zwischen Verhandlungsdelegationen des Europaparlaments und der EU-Staaten. Dieser wurde aber von den Regierungen Ungarns und Polens wegen der Rechtsstaatsklausel abgelehnt. Am 16. November machten die beiden Regierungen ihre Drohung wahr, die Verabschiedung des EU-Finanzrahmens und des Wiederaufbaufonds mit ihrem Veto zu blockieren (Gutschker/Kafsack 2020: 4, Herszenhorn/Bayer 2020). Hierbei haben sie keine Unterstützung der anderen beiden Visegrád-Staaten, der Slowakei und der Tschechischen Republik (vgl. Matišák 2020: 8). Hingegen hat der slowenische Premier Janez Janša, ein langjähriger Verbündeter Orbáns, Unterstützung für die ungarische und polnische Position signalisiert (Die Presse 2020, Mladina 2020a). In der Frage gibt es allerdings keinen Konsens in der slowenischen Regierung (Mladina 2020b). Die Blockierung des Budgets würde Polen und Ungarn selbst zunächst nicht besonders treffen, da provisorisch die alten Budgetmuster fortgeschrieben würden. Diese sind für Ungarn und Polen sogar günstiger, weil die Strukturpolitik im alten Haushalt höher dotiert ist als im neuen. Eine Verzögerung der Auszahlungen des Wiederaufbaufonds, die für viele Länder dringlich sind, würde Polen und Ungarn allerdings auch selbst treffen. Hinter den Kulissen soll es auch bereits Diskussionen über Lösungen ohne Ungarn und Polen geben. Beispielsweise in Form einer Beschränkung auf die Eurozone oder über einen eigenen internationalen Vertrag, bei dem Ungarn und Polen nicht einbezogen würden (Bachmann 2020: 27). Die Debatte um die Rechtsstaatsklausel im Kontext des EU-Budgets und des Wiederaufbaufonds zeigt erneut die Konfliktlinien in der EU auf. Teile der Peripherieregierungen in Zentral- und Osteuropa gehen in begrenzte Konflikte mit den westeuropäischen Zentrumsstaaten und EU-Gremien. Die nationalistische Rechte in der Region greift die asymmetrischen Beziehungen politisch auf – allerdings auf denkbar reaktionäre Weise.

Das Veto Polens und Ungarns gegen das Budget und den Wiederaufbaufonds spitzt die institutionelle Krise zu einem Zeitpunkt zu, an dem sich immer mehr Länder in der EU gezwungen sahen, einen zweiten Lockdown mit schweren wirtschaftlichen Einschränkungen zu verhängen.

Die Beiträge in dieser Nummer

Den Auftakt bilden zwei historische Rückblicke. **Andrea Komlosy** und **Hannes Hofbauer** zeichnen die Reorientierung osteuropäischer Länder vom Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu Westintegration nach. Dabei stellen sie die Entwicklungen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in den Vordergrund. Sie gehen auf das Ineinandergreifen innerer Wendedynamiken und äußeren Drucks ein und setzen sich mit den frühen Transformationsstrategien, die für die folgenden Jahrzehnte prägend waren, kritisch auseinander.

Anders als fast alle anderen osteuropäischen Länder war Jugoslawien nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Jahr 1948 nicht mehr auf die Sowjetunion ausgerichtet. Jugoslawien war wirtschaftlich eng mit den westeuropäischen Ländern verbunden. Ökonomische Spielräume sollten eine Süd-Süd-Kooperation mit den Blockfreien Staaten schaffen. **Sašo Slavec Brlek** lässt die Initiativen der Blockfreien Staaten für eine

neue internationale Wirtschafts- und Medienordnung, die in den 1970er Jahren kulminierten und von denen sich auch Jugoslawien günstigere außenwirtschaftliche Handlungsbedingungen erhoffte, Revue passieren. Jugoslawien war in diese Initiativen, gerade auch im Medienbereich, aktiv involviert. Spätestens mit der Verschuldungskrise der Peripherie ab Anfang der 1980er Jahre verloren diese Initiativen an Schwung und Perspektive. Für Jugoslawien wurden die Auslandsschulden in den frühen 1980er Jahren zu einem gravierenden Problem, das Desintegrationstendenzen deutlich verschärfte.

Die frühen 1990er Jahre waren von gewaltsamer ökonomischer und politischer Desintegration Jugoslawiens einerseits, und einer verstärkten Integration Zentralosteuropas in die westeuropäischen Produktionsnetzwerke andererseits geprägt. Der Beitrag von **Petr Pavlínek** nimmt einen sektoralen Fokus ein und beleuchtet die Entwicklung der zentralosteuropäischen Automobilindustrie und die Rolle ausländischer Direktinvestitionen in dieser Branche. In der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn werden inzwischen mehr als 90% der Automobilindustrie von ausländischen Investoren kontrolliert. Er veranschaulicht die wachsende Bedeutung der Region für diese wichtige europäische Industrie. Aber auch das Ungleichgewicht in der Verteilung der Wertschöpfung zwischen ausländischen Investorenländern und produzierenden Peripherieländern.

Zu den wesentlichen Investorenländern in Zentralosteuropa gehört nicht zuletzt Österreich, das die Auflösung des „Eisernen Vorhangs“, aber auch die 15 Jahre später erfolgende EU-Osterweiterung als wirtschaftliche Chance begriff. In ihrem Beitrag skizziert **Julia Grübler** die Startvorteile Österreichs, erinnerungswürdige Ereignisse im Jahr 1989 in den Beziehungen Österreichs mit seinen Nachbarländern sowie die kontinuierlich steigende Bedeutung der Visegrád-Staaten für Österreichs Investoren, Außenhandel und Arbeitsmarkt. Durch die intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen profitierte Österreich vom Aufschwung in der Region, ist aber in Krisenzeiten – wie der aktuellen Gesundheitskrise – unmittelbar von negativen wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region betroffen.

Anknüpfend an die aktuellen COVID-19-Entwicklungen analysiert **Joachim Becker** abschließend die ökonomischen Anti-Krisenpakete, die in der ersten Phase der COVID-19-Krise geschnürt wurden. Dabei arbeitet er Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den Ländern Zentralosteuropas heraus. Er sieht die Stützungspakete teils als Reaktion auf die abhängigen Wirtschaftsstrukturen und speziellen Problembereiche, teils aber auch in Fortsetzung der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategie. Die Einbettung in die wirtschaftliche Strategie eines selektiven und klientelistischen Wirtschaftsnationalismus ist für ihn im Fall Ungarns am deutlichsten zu erkennen, aber auch die PiS-Regierung in Polen setzt Akzente in Richtung Stärkung des einheimischen Kapitals.

Der Debattenteil dieser Nummer setzt diese Thematik fort und diskutiert den EU-Wiederaufbaufonds.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): Deutsche Zweiheit – oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik. Köln
- Astrov, Vasily et al. (2018): Die Lohnentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU. wiiw Forschungsbericht 12. Wien
- Astrov, Vasily/Bykova, Alexandra/Grievson, Richard/Heimberger, Philipp/Leitner, Sebastian/Pindyuk, Olga (2020): No Quick Recovery in Sight, with Coronavirus Risks Looming Large. Forecast Report. Autumn. Wien
- Bachmann, Klaus (2020): Praworzędność – koniec kompromisow. In: Tygodnik Powszechny, Nr. 42/2020, 18.10., 24–27
- Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? In: Kurswechsel, Nr. 1, 7–23
- Becker, Joachim (2014): Osteuropa in der Krise: ökonomische und politische Dynamiken. In: WISO, 37(2), 13–30
- Becker, Joachim (2018): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 179. Wien
- Becker, Joachim (2019): Labour Protests in Eastern Europe. In: Schmalz, Stefan/ Sommer, Brandon (Hg.): Confronting Crisis and Precariousness. Organised Labour and Social Unrest in the European Union. London, 189–208
- Becker, Joachim (2020): Selektiver Wirtschaftsnationalismus und Klassenprojekte: Fidesz und PiS im Vergleich. In: Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hg.): Autoritärer Populismus. Münster 150–164
- Böick, Marcus (2020): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrungen 1990–1994. Berlin
- Ciensi, Jan (2020): Protests shake Poland as government looks for a retreat on abortion ruling. Politico (www.politico.eu/article/poland-abortion-protests-shake-government-retreat/; 30.10.2020)
- Die Presse (2020): Orbán verknüpft Coronahilfen-Veto mit Migrationspolitik. In: Die Presse, 18.11. (www.diepresse.com/5899277/orban-verknuepft-cornahilfen-veto-migrationspolitik; 18.11.2020)
- Drahokoupil, Jan (2009): Globalization and the State Central and Eastern Europe. The politics of foreign direct investment. London/New York
- Éber, Mark Áron/Gagyi, Ágnes/Gerőcs, Tamás, Jelinek, Csaba (2019): 2008-2018: Válság és hegemonia Magyarországon. In: Fordulat, Nr. 76, 28–75
- Eurostat (2020): Household debt, consolidated, including Non-profit institutions among households - % of GDP. (<https://ec.europa.eu/eurostat/>; 9.10.2020)
- FAZ (2020): Neue Hürden für Ungarns Opposition. In: Frankfurter Allgemeine, 14.11, 6
- Galgóczi, Béla (2017): Why central and eastern Europe needs a pay rise. ETUI Working Paper 2017.01. Brüssel
- Geist, Radovan (2016): Die Visegrád-Länder in der EU: ein abweichender Fall? In: Kurswechsel, Nr. 4, 53–62
- Gerőcs, Tamás/Jelinek, Csaba (2018): A Nemzeti Együttműködés Rendszere az Európai Unióban. Magyarország EU-integrációjáról – történeti szociológiai megközelítésben. In: Eszmélet, Nr. 118, 12–33
- Gerőcs, Tamás/Pinkasz, András (2018): Debt-Ridden Development on Europe's Eastern Periphery. In: Boatcă, Manuela/Komlosy, Andrea/Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Global Inequalities in World-Systems Perspective. Theoretical Debates and Methodological Innovations. London/New York, 131–153
- Grübler, Julia/Bykova, Alexandra (2020): Nachbarschaftsbeziehungen auf dem COVID-Prüfstand. wiiw Forschungsbericht, Nr. 17, September. Wien
- Gutschker, Thomas/Kafsack, Hendrik (2020): Corona-Hilfen für Abstriche beim Rechtsstaat. In: Frankfurter Allgemeine, 17.11., 4
- Herszenhorn, David/Bayer, Lili (2020): EU in crisis over Hungary and Poland's €1.8T hold-up. Politico (<https://www.politico.eu/article/eu-in-crisis-over-hungary-poland-budget-hold-up/>; 16.11.2020)
- Hunya, Gábor (2015): Mapping flows and patterns of foreign direct investment in central and eastern Europe, Greece and Portugal during the crisis. In: Galgóczi, Béla/Drahokoupil, Jan/Bernaciak, Magdalena (Hg.): Foreign direct investment in eastern and southern Europe after 2008. Still a lever of growth? Brüssel, 37–69
- Hunya, Gábor/Schwarzappel, Monika (2018): FDI in Central, East and Southeast Europe: Declines due to Disinvestment. wiiw FDI-Report 2018. Wien
- Kirn, Gal (2014): Partizanski prelomi in protislova tržnega socializma v Jugoslaviji. Ljubljana
- Krapfel, James (2009): Revolúcia s ľudskou tvárou. Politika, kultúra a spoločnosť v Československu po 17. novembri 1989. Bratislava
- Krasnodębski Zdzisław (2003): Demokracja peryferii. Gdańsk

- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *The Light that Failed. A Reckoning*. London
- Krejčí, Oskar (2014): *Sametová revoluce*. Prag
- Kržan, Marko (2014): Crisis in Slovenia: Roots, Effects, Prospects. In: *METU Studies in Development*, 41(3), 323–348
- Lequesne, Christian (2008): *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d'échelle*. Paris
- Matišák, Andrej (2020): Orbán zneužíva V4. Slovensko to odmietlo. In: *Pravda*, 10.11., 8
- Metzger, Philipp P. (2020): *Die Finanzialisierung der deutschen Ökonomie am Beispiel des Wohnungsmarktes*. Münster
- Mladina (2020a): Janša v pismu EU: „V Sloveniji se je zgodila kraja volitiv in imelo smo političnega zapornika.“ Mladina, 18.11. (www.mladina.si/2022870/jansa-v-pismu-eu-v-sloveniji-se-je-zgodila-kraja-volitev-in-imeli-smo-politicega-zapornika; 18.11.2020)
- Mladina (2020b): Gantar: „Janševo pismo nas postavlja med problematične države, kamor nikoli nismo sodili.“ Mladina, 18.11. (www.mladina.si/202881/gantar-jansevo-pismo-nas-postavlja-med-problematicne-drzave-kam-or-nikoli-nismo-sodili; 18.11.2020)
- Modzelewski, Karol (2013): *Zajeżdźimy kobyłę historii. Wyzwania poobijanego jeźdźca*. Warschau
- Piketty, Thomas (2010): *Capital et idéologie*. Paris
- Priewe, Jan/Hickel, Rudolf (1991): *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*. Frankfurt/M.
- Orbán, Viktor (2016): Bist du gegen Frieden? In: *Frankfurter Allgemeine*, 11.7., 6
- Raviv, Or (2008): Chasing the dragon east: exploring the frontiers of Western European finance. In: *Contemporary Politics*, 14(3), 297–314
- Podkaminer, Leon (2013): *Development Patterns of Central and East European Countries (in the course of transition and following EU accession)*. wiiw Research Reports 388. Wien
- Podvršič, Ana/Veselinovič, Jaša (2020): SDS v primerjalni enačbi razrednih strategij skrajno desnih strank na evropski industrializirani periferiji in njen regresivni rezultat. *Blog.zalozbacf.si*, 23.9. (<https://blog.zalozbacf.si/sl/blog/sds-v-primerjalni-encabi-razrednih-strategij-skrajno-desnih-strank-na-evropski>; 5.10.2020)
- Repe, Božo (2001): *Slovinci v osemdesetih letih*. Ljubljana
- Scheiring, Gábor (2019): *Egy demokrácia halála. Az autoriter kapitalizmus és a felhalmozó állam felemelkedése Magyarországon*. Budapest
- Schöpflin, György (2018): Mitteleuropa in der Falle. Zur Mesalliance mit der EU. In: *Osteuropa*, 68(3-5), 323–349
- Segert, Dieter (2020): Demokratie in der Krise. Die neoliberale Transformation als Wurzel des Rechtspopulismus. In: Hofmann, Michael (Hg.): *Umbruchserfahrungen. Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020*. Münster, 28–54
- Szczerski, Krzysztof (2017): *Utopia europejska. Kryzys integracji i polska inicjatiwa naprawy*. Krakau
- Szijjártó, Péter (2019): Erős Európa. In: Békés, Márton (Hg.): *Európa jövője. V4 – egység és erő*. Budapest, 13–22
- Vachudova, Milada Anna (2005): *Europe Undivided. Democracy, Leverage, and Integration after Communism*. Oxford
- Wenzel, Siegfried (2000, 3. korr. Aufl.): *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz*. Berlin
- Wiatr, Jerzy J. (2006): *Europa postkomunistyczna. Przemiany państw i społeczeństw po 1989 roku*. Warschau